73. Jahrgang. Nr. 60

Dienstag, 5. Februar 1929

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Februar 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat Februar 3.40 Mk. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Piepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe Dresdn. Nachr. zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der Streit zwischen Bayern und Preußen

Gegenerklärung der bayrischen Regierung

Die Auseinandersetzung wird sachlich

München, 4. Febr. In einer Konferenz der gesamten Vertreter der bayrischen Tagespresse gab Ministerpräsident Dr. Held heute folgende Erklärung ab:

Die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun in der Berliner Pressekonferenz vom 2. Februar veranlaßt die bayrische Staatsregierung zu folgenden Feststellungen:

1. Die vom Reichskanzler gewünschte Vertraulichkeit der Verhandlungen vom 25. Januar schloß eine vertrauliche informatorische Besprechung der schwebenden lebenswichtigen Fragen im Kreise der der Landesregierung nahestehenden Presse nicht aus.

2. Die Ausführungen des preußischen Ministerpräsidenten vom 14. Dezember vorigen Jahres ließen

grundsätzliche Irrtümer über den Standpunkt der bayrischen Regierung

erkennen. **Der bayrische Ministerpräsident klärte den preußischen Ministerpräsidenten bei seinem Besuche dahin auf, daß die bayrische Regierung die 3½-Milliarden-Forderung Preußens nicht grundsätzlich ablehne, daß sie aber zur rechtlichen Begründung dieser Forderung ebenso wie die Reichsregierung gemäß § 35 des Kriegsleistungsgesetzes ein spezielles Reichsgesetz für notwendig erachte. Da also für die Entschädigungsforderung Preußens somit ein Rechtstitel noch nicht vorliege, könne diese Forderung mit der bayrischen Forderung auf Post- und Eisenbahnentschädigung nicht auf gleiche Stufe gestellt werden.**

Dagegen habe die bayrische Regierung für diese beiden Forderungen niemals ein Vorrecht vor der preußischen Forderung auf Eisenbahnentschädigung in Anspruch genommen.

Auch habe Bayern in Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches nie das Kapital der Post- und Eisenbahnentschädigung verlangt, sondern lediglich die in den Staatsverträgen vereinbarte Verzinsung.

3. Es ist unrichtig, daß in der Konferenz vom 25. Januar die Vertreter Bayerns geltend zu machen versuchten,

daß ihre Ansprüche vor allen anderen rangierten

und demgemäß unter Ausschaltung der Vertreter der Länder, die an der Postabfindung und der Biersteuerabfindung nicht interessiert seien, erledigt werden müßten. Sie haben vielmehr wie auch die anderen Ländervertreter dieses Vorrecht lediglich für die Eisenbahn- und die Postentschädigung geltend gemacht gegenüber der 3½-Milliardenforderung Preußens, für die ein Rechtstitel noch nicht bestehe.

4. Der preußische Ministerpräsident hat nicht nur den Vorschlag gemacht, „die Regelung der Reichsentschädigungen für den Uebergang der Eisenbahn auf das Reich bis zu dem Zeitpunkt hinauszuschieben, wo die Reichsbahn wieder unter die freie Verfügungsgewalt der Reichsregierung kommt", sondern

er hat dieses Schicksal auch der bayrischen und der württembergischen Postabfindung zugedacht.

Insbesondere hat diesen Standpunkt mit größter Schärfe der preußische Finanzminister in der Besprechung vertreten am 26. Januar. **Er hat insbesondere erklärt, wenn das Reich den süddeutschen Ländern für ihre Spezialforderungen etwas bewillige, dann wolle Preußen seine Eisenbahnentschädigung in den Vordergrund stellen.**

Wenn der preußische Ministerpräsident gegenüber der bayrischen Postentschädigungsforderung auf die entschädigungslose Hingabe der preußischen Post im Jahre 1867 hinweist, so ist dieser Hinweis in tatsächlicher Beziehung unbegründet. Preußen erhielt durch Beteiligung an dem Reichspostüberschuß in Wirklichkeit

eine sehr namhafte Entschädigung.

Ueberdies ist der Wert der Post von 1867 nicht vergleichbar mit jenem von 1920. Wenn Preußen gewollt hätte, daß Bayern auf gleiche Weise für seine Post entschädigt werden sollte, wie Preußen im Jahre 1867, so hätte es dies bei der Ratifizierung des Staatsvertrages im Reichsrat geltend machen müssen, nicht erst jetzt, wo die verbriefte Forderung Bayerns beglichen werden soll. Die bayrische Post war niemals bloß ein Erwerbsunternehmen. Sie hat aber dem bayrischen Staat trotzdem große Vorteile gebracht. Heute dagegen hat Bayern in seinem Staatshaushalt an Gebühren an die Reichspost 9,4 Millionen Reichsmark bar aufzuwenden.

Zum Schluß heißt es: In Bayern besteht die Auffassung, daß unter den Ländern, und insbesondere zwischen Preußen und Bayern, Eintracht bestehen müsse, wenn das Reich nicht Schaden nehmen solle. Die bayrische Regierung hat durch den Besuch ihres Ministerpräsidenten bei dem preußischen Ministerpräsidenten in den schwebenden lebenswichtigen Fragen die notwendige Uebereinstimmung zwischen Preußen und Bayern herzustellen sich bemüht. Das Verhalten der verantwortlichen preußischen Staatsminister, insbesondere des preußischen Finanzministers, das auf diesen Besuch folgte, ließ leider keine andere Auffassung zu, als daß

Preußen in diesen Fragen Bayerns Gegner

ist. Die Aeußerungen des bayrischen Finanzministers in der Münchener Pressebesprechung am 31. Januar die er vom ersten Augenblick an ihrer Form wegen bedauert hat, waren der Aufschrei des zu tiefst gekränkten bayrischen Rechtsempfindens, dem nur durch Erfüllung der durch Staatsverträge verbrieften Rechtsansprüche Bayerns Genüge geschehen kann.

Nicht das Vorgehen der bayrischen Minister hat die Lösung des so überaus wichtigen Problems der Regelung der Entschädigungsansprüche der Länder gegen das Reich erschwert, sondern die bittere Enttäuschung, die Bayern schon bei seinem ersten Versuch, mit Preußen in diesen Fragen zusammenzukommen, bereitet wurde. Die bayrische Staatsregierung möchte aber hoffen, daß es trotz allem noch gelingen wird, eine Lösung dieser Streitfragen zu finden.

Deutsch-Ostafrika in Gefahr

Englische Annexionspläne

Die Deutschnationalen haben für die weltpolitischen Vorgänge in ihren Auswirkungen auf Deutschlands Belange stets ein offenes Auge behalten. Und so hat jetzt auch wieder ihre Reichstagsfraktion die durch den Bericht der Hilton-Young-Kommission öffentlich bekannt gewordenen englischen Pläne in bezug auf Deutsch-Ostafrika zum Gegenstand einer bedeutungsvollen Interpellation gemacht. Von der Regierung wird gefordert, im Reichstage zu dem Hilton-Young-Memorandum Stellung zu nehmen, um so durch eine große koloniale Debatte den Blick der deutschen Oeffentlichkeit auf die gefährlichen englischen Pläne zu lenken, die Erkenntnis für die Bedrohung Ostafrikas und damit auch den Willen zur Abwehr zu wecken.

Das Bestreben Englands, deutsche Kolonien britischem Gebiet anzugliedern, ist nicht erst neuen Datums. Man erinnert sich vielleicht noch daran, daß der südafrikanische Ministerpräsident in einer Parlamentsrede Andeutungen über einen geplanten Anschluß des ehemals deutschen südwestafrikanischen Mandatsgebietes an die Südafrikanische Union machte. Diese Absichten wurden indessen in Genf glücklicherweise durchkreuzt. Die Mandatskommission des Völkerbundes formulierte die Mandatsrechte dahin, daß die ehemaligen deutschen Kolonien den Mandatarstaaten nur zu treuen Händen übergeben worden seien. Also klipp und klar wurde dadurch bestimmt, daß der Mandatar nicht für seine Nation, sondern nur für den Rat die Verwaltung führt. Und da sich diese Anschauung auch auf den Buchstaben des geheiligten Versailler Vertrages stützt, so schien fürs erste wenigstens jede Gefahr für unsere Kolonien abgewandt. Aber wer die Zähigkeit und das zielbewußte Streben englischer Politik kennt, dem war sogleich bewußt, daß die Mandatsbestimmungen für das Foreign Office kein Hindernis bilden würden auf dem einmal beschrittenen Wege zur Angliederung der ehemaligen deutschen Kolonien an britisches Kolonialgebiet. Denn England ist noch nie verlegen gewesen, vor der Weltmeinung die Nichtachtung irgendwelcher Verträge durch moralisches und juristisches Blendwerk zu rechtfertigen, wenn es dem Nutzen der Nation galt. Und die Erfahrung der jüngsten Zeit erst lehrte, daß England, nachdem es vor Jahren — allerdings ohne Erfolg — den allen Verträgen und Abmachungen hohnsprechenden Anspruch geltend gemacht hatte, Deutsch-Ostafrika dem britischen Weltreich einzuverleiben, sich nun auf Umwegen daran macht, dieses Ziel zu erreichen.

Im Auftrage der Londoner Regierung hat im zweiten Halbjahre 1928 eine Kommission unter Führung des Kolonialpolitikers Hilton-Young Deutsch-Ostafrika bereist. Und nach dieser Studienfahrt hat Hilton-Young den Lords und den Unterhausmitgliedern dann einen fein ausgeklügelten Plan unterbreitet, nach dem die britischen Besitzungen nördlich der Afrikanischen Union mit Tanganjika — so heißt jetzt das Mandatsgebiet Ostafrika — zu einem neuen Dominion unter dem Regiment eines Generalgouverneurs zusammengefaßt werden sollen. In diesem Bericht sind natürlich alle Wendungen und Formeln, die der öffentlichen Weltmeinung unangenehm in die Ohren klingen könnten oder etwa nicht in Einklang zu bringen wären mit den Bestimmungen der Verträge, klüglich vermieden worden. Ausdrücklich wird betont, daß „Tanganjika innerhalb des Dominions verwaltungstechnisch eine gesonderte Einheit" bleiben soll. Ja, um das „Weltgewissen" in jeder Weise zu beruhigen und den Deutschen Sand in die Augen zu streuen über die wirklichen englischen Absichten, sollen sogar die Grenzen, die Ostafrika von dem britischen Gebiet trennen, fortbestehen. Doch unter all den Mäntelchen, mit denen das Foreign Office die wirkliche Deutung des Young-Memorandums verdecken will, schaut dennoch der Teufelsfuß hervor. Denn tatsächlich handelt es sich in dem Bericht um eine Verschleierung des Mandatsraubes, um eine glatte Annexion des Mandatsgebietes. Denn abgesehen davon, daß die englische Politik an sich fähig sein dürfte, trotz des Versailler Vertrages und der Mandatskommission sogenannte vollendete Tatsachen zu schaffen, würde auch bereits die formelle Angliederung der Kolonie an ein britisches Dominion der Annexion gleichkommen. Nach der Verfassung des britischen Weltreiches ist nämlich auch jeder Teil eines Dominions englischer Besitz — und auf englisches Gebiet lassen sich die Bestimmungen des Versailler Vertrages natürlich nicht ausdehnen. So versucht England mit scheinheiligen Rechtsgründen die feierlich durch die Völkerbundssatzungen verbrieften Mandatsbestimmungen umzustoßen. Die „Angliederung" Deutsch-Ostafrikas nach englischer Methode würde selbstverständlich das Beispiel für die anderen Mandatare sein, es Britannien nachzumachen. Also nicht nur Ostafrika, sondern unsere gesamten Kolonien stehen auf dem Spiele.

Der deutschen Politik erwächst nun aus dieser Lage die dringende Aufgabe, das Aufgehen Deutsch-Ostafrikas in ein britisches Dominion mit allen Mitteln zu verhindern.

Habib Ullah verzichtet auf den Thron

Abdankung zugunsten Ali Achmeds

Chamberlain zur Lage in Afghanistan

Berlin, 4. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Habib Ullah nach Meldungen aus Kabul beschlossen, zugunsten Ali Achmeds auf den Thron zu verzichten. Die Vertreter Ali Achmeds werden demnächst in Kabul erwartet, um die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Wie weiter berichtet wird, haben sich die nördlichen Provinzen gegen Ali Achmed ausgesprochen.

Kowno, 4. Febr. Nach in Moskau eingegangenen Meldungen hat Batschi Sakao am Sonntag 14 Anhänger Aman Ullahs erschießen lassen. Außerdem wurden weitere Verhaftungen vorgenommen. Habib Ullah soll beabsichtigen, bei seinem Rückzug aus Kabul die Funkstation sprengen zu lassen. Am Sonntag kam es in Kabul zwischen Soldaten Batschi Sakaos und der Bevölkerung wiederum zu Zusammenstößen, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt wurden.

Wie aus Peschawar gemeldet wird, befindet sich unter den zuletzt aus Kabul eingetroffenen drei Reichsdeutschen auch Frau Weiß, die am 24. Dezember auf dem Flugplatz von dem Propeller eines Flugzeuges schwer verletzt wurde und sich bisher in einem Krankenhaus in Kabul befunden hatte. Die Eingetroffenen erzählen, daß in Kabul Wirrwarr und Hunger herrschen. Die königlichen Bauten seien zerstört, die ausländischen Gesandtschaften hätten Maßnahmen getroffen zum Schutz der ausländischen Kolonien. Zwischen Kandahar und Ghazni kam es zu Zusammenstößen der Streitkräfte Aman Ullahs mit den Ghilzais. Der Thronprätendent Ali Achmed Khan hat sich den Titel „Diener der Nation und des Glaubens" beigelegt.

London, 4. Februar. Im Unterhaus gab Chamberlain am Montag eine Erklärung über die Lage in Afghanistan ab. Vorläufig seien nur untergeordnete Mitglieder des Stabes der britischen Gesandtschaft fortgeschafft worden. Die Frage, ob nach einer Zurückziehung der Gesandtschaft Großbritannien auf irgendeine andere Weise diplomatische Beziehungen mit Afghanistan unterhalten werde, hielt der Außenminister noch nicht für dringlich.

60 Verhaftungen in Valencia

Erweiterung der Machtbefugnisse der Patriotischen Union

London, 4. Februar. Nach den letzten Meldungen aus Madrid haben die Befehlshaber der verschiedenen Truppenteile in Valencia dem Gouverneur die feste Zusicherung gegeben, daß ihre Truppen zur Regierung ständen. General Girona, der frühere Befehlshaber ist mittlerweile nach Madrid gebracht worden. Insgesamt sind in Valencia sechzig Verhaftungen erfolgt. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Führer der Konservativen Partei, Rechtsanwälte und Journalisten. Der Regierung ist durch einen vom König unterzeichnetem Erlaß die Vollmacht erteilt worden, alle Beamten, die an einer der Regierung nachteiligen Handlung beteiligt sind, oder auch nur Neigung zur Teilnahme an solchen Handlungen zeigen, dauernd oder zeitweilig zu entlassen. Die Patriotische Union, die von General Primo de Rivera bei der Amtsübernahme gebildet wurde, soll in eine halbamtliche Körperschaft umgewandelt werden unter weit engerer Zusammenarbeit mit der Regierung als bisher. — Nach einer Meldung der Agentur Havas besagen trotz der strengen Zensur an die Grenze gelangte Nachrichten, daß es auch in der Zivilgarde, die die stärkste Stütze der Ordnung in Spanien sei, gäre. Die Ernennung des Generals Sanjurjo, des besten Freundes Primo de Riveras, zum Chef der Zivilgarde, habe wenig Begeisterung ausgelöst.

SLUB
Wir führen Wissen.